

Berliner Tageblatt

Nr. 5

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 3. Januar 1925

Chel-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Das Mehrheitskabinett gescheitert.

Vor der Beauftragung des Kanzlers mit Bildung einer „überparteilichen Regierung“.

Die Parteiführer bei Dr. Marx.

Die Fraktionen bleiben bei ihren Beschlüssen. — Die Volkspartei erstreben einen verkappten Bürgerblock.

Zum Laufe des heutigen Vormittags hat Reichskanzler Dr. Marx die ihm von den Reichspräsidenten übertragene Mission erfüllt. Die Führer der Reichstagsparteien zur Vermeidung einer überparteilichen Regierung auf die dringende Notwendigkeit der sofortigen Bildung einer auf tragfähiger parlamentarischer Mehrheit ruhenden Reichsregierung hinzuweisen und ihnen eine umgehende Nachprüfung der bisherigen Beschlüsse ihrer Fraktionen zur Regierungsbildung zu empfehlen.

Der Reichskanzler hatte zu 11 Uhr die Führer der bisherigen Koalitionsparteien eingeladen, um noch einmal mit ihnen die etwile politische Lage zu besprechen. Die Parteiführer waren der Einladung des Kanzlers gefolgt. Von den Demokraten erschienen die Abgeordneten Koch, Erlenz und Dornburg, vom Zentrum Schahn, Stegerwald und Weder-Krusberg, von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Scholz, Brünninghaus und Garsis. An der Besprechung nahm auch der Reichsausschussminister Dr. Stresemann teil, der sich aber bald darauf in den auswärtigen Ausschuss des Reichsrats begab, um dort ein eingehendes Referat über den Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Räumung der Kolner Zone zu halten. Ferner waren zugegen Reichsinnenminister Dr. Jazec, Reichswirtschaftsminister Hamann und Reichsminister Graf Ranig. Der Reichskanzler richtete an die Parteiführer den dringenden Appell, angesichts der außerpolitischen Lage parteipolitische Gesichtspunkte oder Bedenken bei der Regierungsbildung zurückzustellen und die beschleunigte Bildung einer Reichsregierung zu ermöglichen, die vom Reichstag in weitestem Umfang unterstützt werden kann. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei hielten jedoch dem Kanzler sofort entgegen, daß bereits seit einem Jahr das Ziel ihrer Politik festliege und an ihren mehrfach in der Frage der Regierungsbildung gestellten Beschlüssen nichts geändert werden könne. Die Vertreter des Zentrums ließen den Kanzler Marx nicht darüber im Zweifel, daß sie dem Beschluß, sich an einem nach rechts erweiterten Kabinett nicht zu beteiligen, festhalten müßten. Für die Demokraten gab Minister Koch nochmals die eindeutige Erklärung ab, daß für sie nur die Beteiligung an einer Regierung in Frage käme, die die bisherige Politik der Mitte unbedingt gewährleistet.

Hierauf dürfte der letzte Versuch des Kanzlers, ein fraktionsmäßig getuftes Kabinett zu bilden, gescheitert sein. Der Kanzler empfing um 12 Uhr noch den Vorsitzenden der deutschen nationalen Reichstagsfraktion, Schiele. Nachmittags 4 Uhr wurde der Führer der Sozialdemokratie empfangen. An dem negativen Ergebnis der Besprechungen des Vormittags können diese Unterhaltungen natürlich nichts ändern. Im Laufe des heutigen Nachmittags wird Reichskanzler Dr. Marx dem Reichspräsidenten Bericht erstatten und von diesem vermutlich noch heute den Auftrag erhalten, das sogenannte „überparteiliche Kabinett“ zu bilden, selbstverständlich nicht in dem Sinne eines verkappten Bürgerblocks, sondern in dem Sinne einer Regierung der Mitte, die die bisherige Politik des Kanzlers fortführen soll. Die Deutsche Volkspartei ist mit allen Mitteln befreit, aus diesem sogenannten „überparteilichen Kabinett“ die Vorläufe zum Bürgerblock, das heißt Rechtsblock, zu machen. Es darf wohl als ausgeschlossen gelten, daß Dr. Marx diesen Wünschen entsprechen wird.

Wie wir hören, werden von volksparteilicher Seite als Persönlichkeiten, die in das sogenannte „überparteiliche Kabinett“ eintreten sollen, unter anderem Reichherren v. Gail, also ein ausgesprochen deutschnationaler Politiker, und Staatssekretär Bergmann genannt. Es bedarf keiner Erörterung, daß die Interaktion eines solchen Kabinetts für die Demokraten nicht in Frage käme.

Die Lage in Preußen ist bisher unverändert. Die Deutsche Volkspartei hält morgen vormittag eine Fraktionssitzung ab. Bisher hat sie über ihre Haltung zu der Großen Koalition in Preußen noch keine Entscheidung getroffen, insbesondere auch nicht über das Verbleiben ihrer Minister Dr. v. Richter und Dr. Voellig in preußischen Kabinett. Ein Austritt des preußischen Finanzministers gerade in einem Augenblick, in dem die Vorgänge bei der Preussischen Staatsbank an ihre Aufsichtsbehörde, das Finanzministerium, besondere Anforderungen stellen, müßte natürlich außerordentlich befremden. Bei einer Rückziehung der volksparteilichen Minister würde im übrigen das Kabinett Braun im Amt bleiben und in aller Ruhe abwarten können, ob ihm von der vereinigten Rechten und Linken des Landtags ein Mißtrauensvotum erteilt wird.

Stresemann im Reichsrat.

Der auswärtige Ausschuss des Reichsrates ist heute mittag 12 Uhr im Auswärtigen Amt zusammengetreten. Reichsausschussminister Dr. Stresemann nahm sofort nach Eröffnung das Wort zu einem längeren Vortrag über die Kolner Räumungsfrage. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist noch nicht einberufen worden.

Ueber die Hintertreppe?

Die Deutsche Volkspartei und das „überparteiliche Kabinett.“

Wir haben gestern abend bereits darauf hingewiesen, daß die Deutsche Volkspartei bestrebt ist, das sogenannte „überparteiliche Kabinett“ von vornherein als Bürgerblock-ersatz abzustempeln. Der deutschnationalen „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt heute im selben Sinne:

„In volksparteilichen Kreisen vertritt man noch wie vor die Meinung, daß auch eine derartige überparteiliche Regierung Persönlichkeiten aus dem deutschnationalen Lager enthalten muß, und daß sie nur als Überlegung zu einer Koalition der Volkspartei (!) unter Ausschluß der Koalitionsparteien angesehen werden könnte.“

Dr. Stresemanns Organ „die Zeit“ wendet sich zwar gegen die Neuerung des „Vorwärts“, die Volkspartei wolle „den Bürgerblock unter der Maske eines überparteilichen bürgerlichen Kabinetts über die Hintertreppe einführen“, verhält sich aber absehbend zu der Anregung der „Germania“, es werde sich im Lauf der Mitte „die Rückbildung zur Arbeitsgemeinschaft der Mitte von selbst ergeben“. Die „Zeit“ führt demgegenüber aus:

„Es handelt sich zurzeit nicht darum, die Koalition der Mitte wiederherzustellen, sondern vielmehr um die Bildung eines überparteilichen bürgerlichen Kabinetts, in dem selbstverständlich auch alle bürgerlichen Parteien durch ihren nahestehenden Persönlichkeiten vertreten sein müssen.“

Und sie fügt hinzu:

„Es würde sich um ein überparteiliches, aber bürgerliches Kabinett handeln, in dem die freiverwendenden Kräfte mit Persönlichkeiten besetzt werden dürften, die auch den Deutschnationalen die jegliche Lösung annehmbar ersähen lassen werden.“

Damit würde das, was der Reichskanzler bei seinen jetzigen Bemühungen anstrebt, in das Gegenteil verkehrt.

© Dresden, 3. Januar.

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ legt Dr. Stresemann wieder einmal ein offenes Bekenntnis zum Bürgerblock ab. In jeder Beteiligung gegen den in einem Leitartikel des Wortes ihm gegenüber erhobenen Vorwurf, er habe sich nicht genügend für eine Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung eingesetzt, erklärt Stresemann, daß er sich allerdings gegen einen „Rechtsblock“ gewandt habe, daß der Deutschen Volkspartei andererseits darauf angekommen sei, nicht etwa durch ein Herausziehen ihrer Mitglieder aus dem Kabinett die Instabilitäten im Zentrum zu stärken. „Es kam alles darauf an“, fährt Stresemann fort, in dem Kampfe um die Seele des Zentrums diejenigen zu stärken, die für eine bürgerliche Regierung einzutreten gewillt waren. Denn ohne das Zentrum ist eine bürgerliche Regierung in Deutschland auf die Dauer nicht zu führen.“ Nachdem er dann nochmals die Notwendigkeit der „bürgerlichen Sammlung“ betont hat, bricht Stresemann in die Klage aus: „Alles hat auf der Deutschen Volkspartei herum, als ob sie den Zauberstab in der Hand hätte, die bürgerliche Regierung allein zu bilden. Sie hat in dieser Beziehung wirklich alles getan, was man von ihr verlangen könnte.“

Zusammentritt der bremischen Bürgerschaft

Wiederwahl des Demokraten Dunkel als Präsident. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

© Hamburg, 3. Januar.

Die neu gewählte bremische Bürgerschaft trat gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Wahl des Präsidenten ergab eine Leberaktion insofern, als die Sozialdemokratie, obwohl sie als stärkste Fraktion Anspruch auf diesen Posten hatte, für die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Dunkel (Dem.) eintrat. Zum ersten Vizepräsidenten wurde ein Sozialdemokrat, zum zweiten Vizepräsidenten ein Volksparteiler gewählt. Die Deutschnationalen hatten mit den Volksigen, die Volkspartei mit den Hausbesitzern Arbeitsgemeinschaften gebildet und erreichten hierdurch, daß bei den Wahlen zu den Deputierten und Ausschüssen keine Mehrheit der Linken entstand. Weiter wurde der fünfzehner-Ausschuss zur Vorbereitung der Senatswahlen gebildet, die am kommenden Freitag stattfinden sollen.

Die Treue der Stadt Saarlouis.

Ein Schreiben des Reichskanzlers an die Stadtverordnetenversammlung.

Der Reichskanzler hat an die Stadtverordnetenversammlung in Saarlouis ein Schreiben gerichtet, in dem nochmals betont wird, daß der Reichsregierung keinerlei Angebot der französischen Regierung über eine von den Bestimmungen des Vertrages von Versailles abweichende Regelung des engstänigen Schiffsals des Saargebietes, insbesondere der Gegend von Saarlouis zugegangen sei. Das Recht im Wege der Volksabstimmung frei und uneingeschränkt über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden, ist der gesamten Bevölkerung des Saargebietes vertraglich gewährleistet. Keine deutsche Regierung könnte ihre Hand dazu bieten, dieses Recht irgendeinem Teil der Bevölkerung des Saargebietes zu entziehen. Zum Schluß wird den Stadtverordneten von Saarlouis für ihre Ausbeugung der Dank der Reichsregierung mit der Versicherung ausgesprochen, daß sie der deutschen Stadt Saarlouis alles in der Treue wahren wird.

Nach den Erklärungen Borahs im „Berliner Tageblatt.“

Deutschland und Amerika. — Die internationalen Kriegsschuldverpflichtungen. — Das russische Problem. — Die Kriegsschuldfrage.

Von Erich Dombrowski.

Eine Reihe hervorragender amerikanischer Politiker und Wirtschaftler, an ihrer Spitze der Staatssekretär Mellon, hat in der Neujahrsausgabe des „Berliner Tageblattes“ Veranlassung genommen, dem deutschen Volke ihre Neujahrswünsche zu entbieten. Das war, wie man es sonst bei solchen Gelegenheiten mitunter findet, keine Anhäufung von Phrasen, sondern der ehrliche Versuch, Deutschland bei seiner Wiedererhebung durch anerkennende und aufmunternde Worte auch psychologisch zu stärken. Aber darüber hinaus haben einige von ihnen bestimmte politische Forderungen aufgestellt, die ganz Europa, ja sogar die ganze Welt aufs Höchste interessieren. Drei Punkte sind es, die in den Vordergrund treten. Senator William C. Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, regte die Einberufung einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz an, um unter anderem die Endsumme der deutschen Schuld festzusetzen. Der bekannte Finanzmann Bernhard M. Baruch wies Deutschland in der Weltwirtschaft die besondere Aufgabe zu, Rußland in die Atmosphäre des Friedens und der Arbeit zurückzuführen. Dr. Untermyer endlich, einer der einflußreichsten Rechtsanwälte Amerikas und ein führendes Mitglied der demokratischen Partei, erklärte, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo man das überhaftet zustandekomene Urteil in der Kriegsschuldfrage und die Bedingungen des verabschiedungswürdigen Versailler Vertrages wieder revidieren müsse.

Diese Hinweise haben, nachdem sie von den amerikanischen Journalisten in Berlin zurückgeleitet worden sind, drüber sofort das größte Aufsehen erregt. Vor allem der Voranschlag Borahs. Schon jetzt verlaute, daß er einen solchen Antrag im Senat einbringen wird. Noch im Laufe dieses Jahres soll eine internationale Wirtschaftskonferenz, auf der auch die Abrüstungsfrage besprochen werden soll, nach Washington einberufen werden. Borah, der der Vater der ersten Washingtoner Abrüstungskonferenz ist, wird darauf bestehen, daß diesmal auch Deutschland und Rußland zur Teilnahme an der Konferenz gebeten werden. Der Dames-Bilan, den man für Deutschland aufgestellt hat, soll nunmehr, wenigstens nach den Wünschen der Amerikaner, auf alle diejenigen Staaten ausgedehnt werden, die ihre Kriegsschulden noch nicht bereinigt haben, damit die Weltwirtschaft endlich von dem unerträglichen Druck dieses ungelösten Schuldproblems befreit wird. In der Hauptsache handelt es sich dabei um die Schuldverpflichtungen Englands und Frankreichs untereinander und um ihre Verbindlichkeiten gegenüber Amerika. Nicht zuletzt aber soll in diesem ganzen Zusammenhang die Endsumme der deutschen Reparationsschuld festgesetzt werden, die die Dames-Sachverständigen bekanntlich offengelassen haben. Das deutsche Volk hat seit dem Abschluß des Waffenstillstandes bis zum Beginn des vergangenen Jahres an Sach- und Arbeitsleistungen über vierzig Milliarden den Ententeallianzen übereignet. Diese gewaltige Ziffer enthält noch nicht die Milliarden Entschädigungen, die das Reich seiner eigenen Landsleute für die Liquidationen deutschen Gebiets im Ausland und für die Requisitionen im besetzten Gebiete gegeben hat. Manche Politiker und Finanziers behaupten, daß ein genaues Studium des Dames-Blanes, das zwischen den Zeilen zu lesen verjude, bereits die Endsumme herausrechnen könne. Sie stelle sich auf dreißig Milliarden. Das freilich wäre das Maximum, das Deutschland aufzubringen vermag, denn wenn man diese Zahl zu den bereits geleisteten Summen addiert, so kommt man, unter Berücksichtigung der bereits während des Krieges geleisteten deutschen Beiträge auf eine Gesamtziffer, die (scheinbar) hunderten Anleihe-schulden für die fast fünfjährige Kriegsführung erheblich übersteigt. Deutschland würde also auf diese Werte, schematisch gesprochen, den Krieg zweimal bezahlen. Die Millionen Leichen werden nicht gegeneinander aufgerechnet. Aber die Milliarden Gelder. Damit werden sich die Franzosen und die Engländer bei ihren Auseinandersetzungen mit den Amerikanern ebenso wie das deutsche Volk abfinden haben. Aber es scheint, als ob die Union bei diesem Ausgleich der Forderungen mit sich reden lassen wird, wenn ihre europäischen Schuldnerationen in der Abrüstungsfrage Zugeständnisse machen. Als die „Petersen“ im hiebschten Jahrbuch, in das Europa die „Waffenstillstand“ und die Katholiken sich in fruchtbarsten Religionskriegen zerfleischt, nach der Neuen Welt feuerte, um dort, frei und ungehindert, ein Reich der Puritaner zu begründen, zogen diese frommen Pilger und Kolonialtoren zwischen sich und die europäischen Wirren einen Strich und gingen gleichsam ein neues Leben an. Jetzt kehrt diese ethische „Machflöte“ nach Europa zurück, um die amerikanischen Humanitätsideale, nachdem Wilsons erste Leberiaht gescheitert ist, in der Alten Welt zu verwirklichen. Auch diese Pioniere kommen nicht bloß mit einem Frachtgut von Idealen im Schiffsraum herüber, sondern auch mit Geld, Krediten und praktischen Vorschlägen für die Befundung der Weltwirtschaft.

Diese „Reuentdeckung“ Europas kann natürlich nicht halt machen vor den Grenzen Rußlands. Territorial gesprochen nimmt noch heute Rußland fast die Hälfte Europas und fast auch die Hälfte Asiens ein. Ein solch ungeheurer Raum- und Menschenkomplex kann auf die Dauer von der